

Länderbericht Ruanda 2013

Wirtschaftliche Entwicklung

In Kigali hält der Bauboom, der vor zehn Jahren begonnen hat, weiter an. Es entstehen bis zu 20stöckige Geschäftshäuser, Hotels und Kongresszentren. Für das Jahr 2014, das zum einen den 20. Jahrestag des Völkermordes markiert, aber auch eine große Konferenz der Afrikanischen Union AU in Kigali beherbergt, sollen möglichst viele Übernachtungskapazitäten geschaffen werden und den Ruf Kigalis als internationalen Handels- und Konferenzstandort stärken.

Doch trotz der umfangreichen Baumaßnahmen und der intensiven Verschönerung Kigalis durch Springbrunnen und Blumeninseln wird deutlich, dass große Teile der neuen Büroflächen und Hotels leer stehen. Für viele Baumaßnahmen ist die sogenannte Crystal Group verantwortlich, ein Geflecht aus Wirtschaftsunternehmen, die der Regierungspartei und der Nationalen Armee RDF nahestehen. Im Jahr 2008-2009 wurden in der Innenstadt ganze Stadtviertel mit ärmerer Bevölkerung abgerissen, um Platz für Investoren zu schaffen. Diese Flächen liegen weiterhin brach, die Bewohner mussten zum Teil weit ins Umland umsiedeln, während die erhofften Investitionen bisher nicht eintrafen.

Die Anzahl von Jugendlichen, die keinen Arbeitsplatz finden, ist insbesondere in Kigali hoch. Trotz abgeschlossener Sekundarschule und Ausbildung fällt es den jungen Menschen im urbanen Umfeld schwer, sich beruflich zu etablieren, da nur wenige verarbeitende Industrie-, Dienstleistungs- oder Handelsgewerbe nach Angestellten suchen. Weiterhin sind um die 90% der Ruander in der Landwirtschaft tätig, wobei die wachsenden Bevölkerungszahlen die Landknappheit noch verstärken.

2011 und 2012 hat die ruandische Regierung umfassende Statistiken veröffentlicht, die belegen sollen, dass sich wichtige Entwicklungsindikatoren wie die Einschulungsquote von Grundschulern, die Ernährung von Kindern unter drei Jahren und der Anteil der Bevölkerung unter der absoluten Armutsgrenze deutlich verbessert hätten. In den von den Millennium Development Goals festgelegten Bereichen hat Ruanda laut Regierung enorme Fortschritte erreicht. Diese Statistiken wurden von vielen internationalen Partnern des Landes begrüßt und als Beleg für die Entwicklungserfolge Ruandas gesehen. Im Gespräch mit lokalen NGOs, Entwicklungshelfern und Vertretern von Weltbank und World Food Program (WFP) werden allerdings Zweifel laut, ob diese statistischen Erhebungen tatsächlich valide sind. Viele der Untersuchungen haben ihre Datengrundlage nicht offengelegt. Das WFP leistet weiterhin in Ruanda Nahrungsmittelhilfe und gibt an, dass mindestens 40% der Kleinkinder chronisch fehlernährt sind. Insbesondere die nationale Landwirtschaft mit ihrer Umstellung von Subsistenzwirtschaft auf industrialisierte Monokulturen und Produktion für den Export von Cash-crops hat in vielen Regionen das Einkommen kaum angehoben, dafür aber die Auswahl an Lebensmitteln stark reduziert.

Innenpolitische Entwicklung

Seit 2010 sind wiederholt interne Konflikte innerhalb der Regierungspartei RPF aufgetreten. Insbesondere das Verhältnis zwischen Präsident Paul Kagame und dem Verteidigungsminister James Kabarebe ist offenbar angespannt, aber weiterhin handlungsfähig. Derzeit profilieren sich die Außenministerin Luise Mushikirabo, die die angespannten Beziehungen Ruandas zu den Geberstaaten wieder verbessern will, sowie James Musoni (Minister of Local Government), der die Verhandlungen in zwischen den M23 Rebellen und den Regierungen der DR Kongo, Ruandas und Ugandas für Ruanda leitet.

Luise Mushikiwabo gilt auch als potenzielle Nachfolgerin Präsident Kagames, der laut Verfassung im Jahr 2017 bei den Präsidentschaftswahlen nicht mehr kandidieren darf. Bislang hat Kagame immer wieder betont, dass er diese Vorschrift einhalten will. Es wird spekuliert, ob die ruandische Führung den übermächtigen Präsidenten in einem Modell wie Präsident Putin es in Russland vorgeführt hat, für eine Amtszeit als Schattenpräsident in der zweiten Reihe positionieren wird, oder ob Kagame tatsächlich bereit ist, ganz auf die oberste Staatsführung zu verzichten. Gleichzeitig ist allerdings in den Medien eine Serie von Artikeln erschienen, in denen „Stimmen aus dem Volk“ zitiert wurden, die von Kagame eine dritte Amtszeit forderten. Kagame selbst hat in einem Interview erklärt, dass er weiterhin als Präsident bereitstehe, wenn das Volk das von ihm fordere. Dies kann als vorsichtige Andeutung gelesen werden, dass evtl. die Verfassung nach einem Referendum geändert werden könnte.

Zunächst liegen allerdings im September 2013 Parlamentswahlen an. Da sich wichtige Oppositionsführer wie Bernard Ntaganda (PS Imberakure) und Victoire Ingabire (UDPS) weiterhin in Haft befinden, gilt ein Wahlsieg der RPF mit über 90% der Stimmen als sicher. Der Leiter der Green Party, Frank Habineza, ist nach Ruanda zurückgekehrt, nachdem er vor den Präsidentschaftswahlen 2010 inhaftiert wurde und sich mehrere Jahre im Exil in Schweden aufhielt. Er hat 2013 bereits mehrfach versucht, seine Partei für die Wahlen registrieren zu lassen, wurde bislang aber immer mit bürokratischen Mitteln daran gehindert. Auch der ehemalige Premierminister Faustin Twagiramungu hat angekündigt, nach Ruanda zurückzukehren und sich als Oppositionskandidat aufstellen zu lassen. Er gilt als gemäßigter Kandidat der politischen Mitte, und es bleibt offen, ob die Regierung ihn als Konkurrenten und Oppositionellen zulassen wird.

Das wichtigste innenpolitische Thema für die Bevölkerung ist im April 2013 allerdings der sogenannte Agaciro-Plan. Im Juli 2012 haben die USA, die Niederlande, Großbritannien und Deutschland ihre Militär- und Budgethilfe an Ruanda eingestellt, weil im UN Sicherheitsrat Berichte vorlagen, dass Ruanda die M23-Rebellen in der DR Kongo finanziell und mit eigenen Soldaten unterstützt hat. Der unerwartete substanzielle Verlust von bereits verplanten Haushaltsmitteln führte zu deutlichen Lücken bei Entwicklungsprojekten der Regierung. Daher wurde im August 2012 ein nationaler Plan aufgelegt, der alle ruandischen Haushalte auffordert, einen Monatslohn in den Entwicklungsfonds Agaciro zu spenden. Bei Staatsange-

stellten wird die Summe in Form von zehn Monatsraten einbehalten, alle anderen Bürger wurden in Hausbesuchen in Spendenaktionen aufgefordert, sich entsprechend zu beteiligen. Die soziale Kontrolle in Ruanda ist so strikt, dass eine Verweigerung dieser Spende de facto unmöglich ist. Gerade für die arme Bevölkerung ist ein ganzes Monatseinkommen, auch in mehreren Raten, ein kaum zu verkraftender Verlust und bringt viele Familien dazu, harte Einschnitte zu machen und z.B. das Schulgeld für einzelne Kinder nicht zu bezahlen, auf Lebensmittel zu verzichten oder notwendige Anschaffungen wie Saatgut zu reduzieren.

Außenpolitische Entwicklung

Als am 20. November 2012 die M23 Rebellen im Nordkivu Stärke demonstrierten und schließlich für zwölf Tage die Provinzhauptstadt Goma besetzten, nahm der internationale Druck auf Ruanda stark zu. Im Annex des Berichtes der UN Expertengruppe 2012¹ wurden eindeutige Indizien dafür genannt, dass Ruanda die abgespaltene Miliz der CNDP logistisch, personell und mit Munition unterstützt hat. Die Verbindung Ruandas zur CNDP, die sich selbst als politische und militärische Vertretung der ruandophonen Tutsibevölkerung Banyarwanda im Nordkivu und der Banyamulenge im Südkivu versteht, war lange bekannt. Die CNDP, die im März 2009 in die kongolesische nationale Armee FARDC integriert wurden, bildeten im Herbst 2012 aber die bewaffnete Splittergruppe M23, die als Miliz auftritt und die kongolesische Regierung mit Waffengewalt zwingen will, ihre Forderungen zu erfüllen. CNDP und M23 haben in vielen Presseerklärungen ihre Ziele und Hintergründe der Rebellion erläutert. Sie beschreiben, dass sich die ruandophonen Tutsi-Gruppen in der Kivuregion in einer Minderheitenposition befinden und sich politisch und sozial ausgegrenzt fühlen. Obwohl viele von ihnen bereits seit dem frühen 20. Jahrhundert, also seit vielen Generationen im Kongo leben, sind sie gesellschaftlich nicht ausreichend anerkannt und wurden immer wieder Opfer von Übergriffen. Die CNDP / M23 verlangen daher die geordnete Rückkehr von Flüchtlingen, die teilweise seit 1994 nach Ruanda und Uganda geflüchtet sind, politische Vertretung, weitreichende Amnestie und die Integration in die nationale Armee FARDC mit der Garantie, auch weiterhin in der Kivu-Region stationiert zu bleiben, um den Schutz für ihre Peergroup garantieren zu können. Diese Ziele sind nur teilweise mit den Interessen Ruandas in den Kivus identisch. Daher ist es wichtig, zwischen den politischen Motiven Ruandas und der CNDP / M23 zu differenzieren.

Am 24.2. 2013 hat Ruanda, gemeinsam mit den zehn weiteren Mitgliedsstaaten der ICGLR² das Rahmenabkommen von Addis Abeba unterzeichnet und damit offen erklärt, in Zukunft auf eine weitere Unterstützung der M23 und der CNDP zu verzichten. Dies war ein Zugeständnis an die Gemeinschaft der internationalen Geberstaaten, die mit der Streichung von Entwicklungshilfegeldern in Millionenhöhe Druck auf die Regierung in Kigali ausgeübt hatten. Ruanda hat mit der Unterschrift in Addis Abeba indirekt zugegeben, was bislang immer offiziell geleugnet wurde.

¹ S/2012/348/Add.1

² ICGLR Konferenz der Staaten der Großen Seen Region Afrikas: Angola, Burundi, Zentral Afrikanische Republik, Republik Kongo, Demokratische Republik Kongo, Kenia, Uganda, Ruanda, Sudan, Tansania und Sambia

Ein weiteres Zugeständnis an die internationale Gemeinschaft war, den ehemaligen Verbündeten und Führer der M23, Bosco Ntaganda, politisch fallen zu lassen. Militärisch und politisch isoliert blieb Ntaganda am 18.3.2013 nichts anderes übrig, als sich freiwillig zu stellen und in der US Botschaft in Kigali darum zu bitten, dass er an den IStGH nach Den Haag überstellt werde. Auch in diesem Fall wurde deutlich, dass Ruandas Einfluss weit in die DR Kongo reicht. Die zunehmend kritische Haltung wichtiger Partner wie USA, Großbritannien, Deutschland oder Niederlande hat in den letzten 18 Monaten allerdings Wirkung gezeigt und die ruandische Regierung veranlasst, ihr politisches und militärisches Engagement in den Nachbarstaaten zu reduzieren.

Ilona Auer-Frege